

Verzeichnis...
einmal: Freitag.
Wochen: Die Freitagspolizei
Beilage 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Abrechnung.
Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1,- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsprezisse.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 10 Berlin, den 6. März 1914 25. Jahrg.

Verantwortl. Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an W. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Verantwortl. Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die Versammlung konnte besser besucht sein! — Der gewerkschaftliche Gedanke im Streitkonflikt. — Der Reichshaushaltsetat für 1914. — Der Streikbrecheragent Kelling vor den Geschworenen. — Die „Führerwoche“ in Solingen. — Rundschau: Die wirtschaftlichen Gefahren der „Vollstufungs“. — Auch ein Gewerkschaftsmitglied. — Privatangehörigen- und Beamtenpensionen. Die Masse der sozialdemokratischen Wähler. — Feuilleton: Neue Patente auf dem Gebiete der Holzbearbeitung. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Stuttgart. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Hauptverbandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Die Versammlung konnte besser besucht sein!

Durch die Tätigkeitsberichte der einzelnen Ortsvereine für das verflossene Jahr, zieht sich wie ein roter Faden, die Klage über den schlechten Besuch der Versammlungen. Immer wird mit einer Bemerkung registriert; daß der größte Teil der Mitglieder an den Geschäften des Vereins, an den Kampf der Organisation mit ihren Gegnern, nicht den gebührenden Anteil nimmt. Es wirkt geradezu niederschmetternd für die Leitung, wenn trotz der Hinweise, die Versammlung vollständig zu besuchen, da wichtige Punkte verhandelt werden sollen, die Mitglieder durch Abwesenheit glücken. Diese Immunität einer großen Anzahl von Mitgliedern gegen alle Aufforderungen und Ermahnungen, wirkt gleich einem schlechenden Gift, zerlegend und zerstörend. Gewiß sind bei besonderen Anlässen die Mitglieder vollständig zur Stelle, jedoch genügt das für ein reges, gewerkschaftliches Leben unter den Berufsangehörigen nicht, da die besonderen Anlässe nur selten eintreten und dann Materien von bestimmtem umgrenzten Umfang behandeln, z. B. Lohn-differenzen. Daß an diesen Tagen alle Kollegen und Kolleginnen ihre Anteilnahme durch vollständigen Versammlungsbesuch bekunden, ist natürlich und auch notwendig, schon um deswillen, weil im andern Falle die führenden Instanzen keine Schritte zur Erledigung der gestellten Wünsche und Forderungen unternehmen können.

So ungemein wichtig auch die Hebung unserer wirtschaftlichen Existenz durch gute Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, so haben wir aber noch andere, nicht minder wichtige Aufgaben, mit Hilfe der Organisation, zu erfüllen. Eine Organisation würde ihre Aufgaben nicht voll gerecht werden, wenn sie neben den materiellen Interessen ihrer Mitglieder nicht auch die geistige fördern wollte. Gerade der Gewerkschaft hat auf die geistige Bildung seiner Mitglieder von jeher besonders Wert gelegt. Ein Volk, welches auf einer geistig niederen Stufe steht, wird auch in der Bedürfnisfrage der materiellen Hebung nicht auf der Höhe stehen, und muß es daher Aufgabe der Ortsvereinsversammlungen sein, durch dementsprechende, belehrende Vorträge, die Mitglieder auf eine höhere geistige Stufe heranzubilden. Dazu ist aber in erster Linie notwendig, daß die Mitglieder die Versammlungen auch besuchen. Wie manches könnte besser gestaltet werden, wenn dies besorgt werden würde. Leider müssen wir mit Beschränkung zugestehen, daß man statt Versammlung noch immer sehr oft Vergnügungen von irgend einem Klubverein vorzieht. Wir sind die letzten, die unsern Mitgliedern ein harmloses Vergnügen verlagern wollen. Der Kampf ums Dasein stellt heute an die Arbeiterschaft so hohe Anforderungen, daß man seine ganzen Kräfte in den Dienst der Sache stellen muß, und sich nicht durch nichtige Sachen davon abhalten lassen darf.

Wenn wir lesen, daß es Mitglieder gibt, die das ganze Jahr kaum einmal zur Versammlung gekommen sind, so ist das der Gipfel der Interessenlosigkeit für alles, was mit dem Zweck und dem Ziele einer Organisation zusammenhängt. Gegen ein solches Gebaren, das auf die Dauer erst die persönlichen und dann die allgemeinen Interessen schwer schädigt, muß entschieden eingeschritten werden. Eine Entschuldigung für ein solches Verhalten gibt es absolut nicht. Es muß auch gesagt werden, daß es nicht in allen Fällen Interessenlosigkeit ist, die das Versammlungsschwänzen bedingt, sondern nachher Egoismus. Man läßt die für den Gewerkschaft tätigen Mitarbeiter und -arbeiterinnen allein das Or-

ganisationschifflein durch die brandenden Wogen steuern und nur die Früchte des gemeinsamen Handelns anderer, werden mitgeerntet. In einer Versammlung läßt man sich nicht sehen. Ist das recht? Beträgt sich dieses Verhalten mit der so oft angeführten Solidarität, dem Koalitionsgedanken; unserm alten Spruch: „Einer für alle und alle für einen?“

Der Kapitalismus hat unser gesamtes Wirtschaftsleben in allen seinen Zellen durchsetzt. Man ist versucht, anzunehmen, daß die Kollegen, die aus ihrer Passivität nur aufgeschreckt werden können, sobald es sich um ihr eigenes persönliches Interesse handelt, von Egoismus mehr beeinflusst sind, als es sich mit unserm Standpunkt vereinbaren läßt. Es ist sträfliche Gleichgültigkeit, nur immer weniger den Ausbau und die Festigung der Organisation, die Förderung und Belehrung der Mitglieder in geistigen Dingen zugunsten. Selbst fühlt sich mancher jeder Verpflichtung ledig, er nimmt vielmehr für sich das Recht in Anspruch, das Zukunftsfördernde Streben der Organisation und seiner Funktionäre zu ignorieren. Ein Mensch, der so handelt, hat seine Lage nicht begriffen. Er ist sich noch nicht klar darüber, daß wir alle wirtschaftlichen Hindernisse nur im fortwährenden gemeinsamen Streben überwinden können. Dieses ist nicht nur erforderlich, sobald es sich um materielle Interessen handelt, sondern im gleichen Maße, wenn wir unsere geistigen, die idealen Interessen fördern wollen. Diese, ebenso wie die materiellen, zu bewerten, ist unbedingt notwendig, und darum haben wir in unserm Statuten stehen, daß der Gewerkschaft seinen Zweck auch erblickt, in der Einrichtung von Bibliotheken und der Abhaltung von zeitgemäßen Vorträgen. Es besteht also die Möglichkeit, neben den rein geschäftlichen Erledigungen, unsere Versammlungen für die Mitglieder in jeder Beziehung belehrend oder auch unterhaltend zu gestalten. Je nachdem Zeit und Umstände es erfordern, haben wir nach unserm Statut die Pflicht, die Mitgliederversammlungen auszubauen. Das ist auch durchgängig in den meisten Ortsvereinen geschehen, aber die Interessenlosigkeit, der Egoismus, die Teilnahmslosigkeit der Mitglieder diesen Bestrebungen gegenüber, sind dazu angetan, die Energie unserer Ausschüsse und der Funktionäre zu lähmen, und manche gute Absicht wurde nicht in die Tat umgesetzt. So zeigt die Interessenlosigkeit und ein ungesunder Egoismus seine Rückwirkung auf das Vereinsleben. Darunter leidet dann nicht nur der einzelne, sondern auch zuletzt die Gesamtheit. Und wenn wir bedenken, wie wir von einer Legion wohlgerüsteter Widersacher von links und rechts umdrängt sind, die uns unterdrücken und ganz entrechteten wollen, so wird uns zum Bewußtsein kommen, daß wir immer darauf bedacht sein müssen, unsere Position zu stärken. Dazu ist es notwendig, daß wir den Indifferentismus überwinden, dem Egoismus nicht mehr Gewalt über uns einräumen, als es sich mit unserm Klassenbewußtsein vereinbaren läßt. Dann der Besuch der Versammlungen, wo wir uns zusammenfinden, um gemeinsam unsere Lage zu besprechen, uns aber auch in geistiger Hinsicht weiter fortentwickeln können.

Nur so erfüllen wir unsere Pflicht, die geschichtliche Funktion, die uns obliegt, und dann werden die Klagen über Interessenlosigkeit und schlechten Versammlungsbesuch verstummen. Lassen wir also dem Willen die Tat folgen, und es wird manches besser werden.

Der gewerkschaftliche Gedanke im Streitkonflikt.

Die Konjunktur, Wochenchrift für Kapital und Arbeit, das Organ des früheren Sozialisten Richard Calwer, bringt nachstehenden bemerkenswerten Aufsatz:

Der Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen ist noch nicht für ganz Deutschland gesichert. An einigen Orten, so z. B. in Breslau, ist neuerdings sogar noch eine Verschärfung des Konflikts eingetreten. Obwohl sich bei diesen Auseinandersetzungen zwei Interessentengruppen von besonderer Qualität gegenüberstehen, auf der einen Seite die hochgebildete und in ihrem Beruf erklaffte deutsche

Arzterschaft, auf der andern Seite die Krankenkassen, deren Mitglieder doch größtenteils von gewerkschaftlichem Geiste und Verständnis erfüllt sind, sind doch Symptome hervorgetreten, die auch nach dem Friedensschluß auf beiden Seiten noch lange Unlab zu lebhaften Erörterungen geben dürften. Ja, es zeigt sich bereits, daß von Kreisen, die an der Sache selbst nicht direkt beteiligt waren, versucht wird, derartige Erscheinungen im parteipolitischen oder scharfmacherischen Sinne auszunutzen. Die Mehrzahl der Krankenkassenmitglieder ist, wie gesagt, von gewerkschaftlichen Ideen und Anschauungen erfüllt. Es muß diesen Kreisen an sich als ganz selbstverständlich erscheinen, daß die Ärzte für sich ebenfalls ein freies Koalitionsrecht beanspruchen und ihre berechtigten Forderungen nötigenfalls mit gewerkschaftlichen Kampfsmitteln durchzubringen suchen. Die Sympathien der Krankenkassenmitglieder steigern sich noch dadurch, daß die Arzterschaft im Kampfe gegen die Kassenvorstände eigentlich das fordert, was auch die Mitglieder verlangen können. Die freie Arztwahl ist im Prinzip eine selbstverständliche Forderung der Versicherten. Der Patient will nun einmal den Arzt selbst wählen, der ihn behandeln soll. Bei der Heilung spielen bekanntlich physische Momente oft eine sehr große Rolle, deshalb soll man die Bedeutung des persönlichen Vertrauens in die Behandlungsart eines bestimmten Arztes nicht unterschätzen. Es ist doch gar nicht zu leugnen, daß ein recht erheblicher Teil der Kassenmitglieder heute schon, wenn es irgend möglich ist, auf die Behandlung durch den Kassenarzt ganz verzichtet und sich auf eigene Kosten in Privatbehandlung begibt. Besonders die Dienstboten, die jetzt der „Wohltat“ der öffentlichen Krankenversicherung teilhaftig werden, nehmen die Hilfe des Kassenarztes sehr ungern in Anspruch. Dies liegt natürlich nicht an den Kassenärzten, sondern an dem ganzen Verhältnisse, unter denen sie ihre Praxis ausüben müssen. Es ist ein Irrtum, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter den Kassenvorständen steht. Natürlich ist es den Vorständen ein leichtes, ihre Anschauungen in der Presse zu verfechten, während das einzelne Kassenmitglied dazu meist keine Gelegenheit hat. Der Arbeiter steht in dem Arzt, der seinen Standesgenossen im wirtschaftlichen Kampfe in den Rücken fällt, eben immer den „Streikbrecher“. Für solchen Mangel an Kollegialität hat gerade der gewerkschaftlich geschulte Arbeiter eine recht scharf ausgeprägte Abneigung. Und das ist gut so! Wer diese Tatsache verurteilen will, darf nicht auf die „Streikbrecher“ in Arbeiterkreisen schimpfen. Das Solidaritätsgefühl ist einer der besten ethischen Werte des Arbeiters. Deshalb soll man diese Eigenschaft auch dann achten und respektieren, wenn sie sich vielleicht im gegnerischen Lager findet. Der „Korrespondent“, das offizielle Organ der freigewerkschaftlichen Buchdrucker, schreibt über eine Sitzung der Vertrauensmänner des Leipziger Verbandes: „Aufwendend, aber auch selbstverständlich ist der in dieser Sitzung des Ärzteverbandes zutage getretene Widerwillen gegen jene Ärzte, die sich bereit erklärt hatten, ihren Standesgenossen in den Rücken zu fallen, also gegen die sogenannten Arbeitswilligen.“ Eine so freimütige Äußerung wird wohl auch in Arbeiterkreisen wohlwollend empfunden werden. Derartig eheliche Anerkennung des Gegners vermag dem Kampfe vor allem die unnötige Schärfe zu nehmen. Die Ausführungen des „Korrespondenten“ werden aber wohl auch den Ärzten in den Ohren klingen, die sich bereit erklärten, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Man mag zum Streitkonflikt stehen wie man will, die Freiheit des Koalitionsrechtes darf den Ärzten keinesfalls bestritten werden. Wer hier mit zweierlei Maß messen will, besorgt nur die Geschäfte der Scharfmacher und der Feinde des Koalitionsrechtes.

Der Reichshaushaltsetat für 1914.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ den „Entwurf für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914“. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3403 011 671 M. ab. Das sind 174 387 044 M. weniger als im vorjährigen Entwurf. Für die Durchführung der Begehrvorlage sind eingesetzt: 152 782 119 M. an dauer-

unge verweigerten wollte, als vielmehr aus dem bestimmten Gefühl, daß derartige Maßnahmen geeignet sind, ihnen die billigen Agitatoren zu rauben, und überhaupt mit den Monopolbestrebungen und dem ausgeübten Terrorismus zu brechen. Darüber sind wir uns klar, daß die heutige Form der Arbeitsnachweise keineswegs als ein Ideal von Seiten der Arbeiter angesehen werden kann, und die sozialdemokratischen Zeitungen und Fachblätter geben selbst zu, daß manches Verbesserungsbedürftig ist. Wir beurteilen ohne weiteres die

artige Vorgehen von Seiten, die nur so gerne in der breiten Öffentlichkeit als die hochkontributiven Dämonen, die großen Patzboten aufspielen. Wir sind wohl von Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften an manchen Stellen Terrorismus gewöhnt; daß man aber von einem Arbeitgeberverband gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband dazu übergeht, unsere Leute durch Nichtvermittlung brotlos zu machen, setzt doch allem bisher Dagewesenen die Krone auf.

Und davon müssen, dann mag die Bevölkerungszahl (die Inbetriebnahme der Einwohnerzahl zu der Zahl der in einem Jahr Geborenen) oder die Geburtenziffer genügen. Sobald man aber die Ursachen feststellen möchte, die bei dem Rückgang mitgewirkt haben, dann sollte der bessere Maßstab, die Zahl der gebärfähigen Frauen mit den Geborenen eines Jahres in Beziehung gesetzt, angewendet werden. Dabert wäre die Zahl der Veriraten, der Ehescheidungen, der Wiederverheiraten, zu berücksichtigen. Die steigende Zahl der Lehrerinnen, Post-

den und 268 820 871 M. an einmaligen Ausgaben, in Summa also 421 602 990 M. Zur Deckung dient zunächst der fällige Teil des Verbeitrages im Vertrage von 393 820 891 M. Die Zölle, Steuern und Gebühren sollen einen Mehrertrag liefern von 12 582 037 M.; an Ueberüberschüssen sind veranschlagt; Reichspost 100 321 931 M. (weniger gegen 1913: 12 513 185 M.); Reichsdruckerei 3 324 225 M. (mehr 143 560 M.); Reichsbahn 30 212 069 M. (weniger 1 179 820 M.); Reichswalden 18 271 000 M. (mehr 1 971 000 M.). Die Patrimonialbeiträge bringen — 30 M. pro Kopf — 51 940 794 M. Hier wird den Einzelstaaten ein kleiner Geschenk gemacht, denn für die Vermessung dieser Beiträge ist der Stand der Bevölkerung im Jahre 1910 zugrunde gelegt.

Zur Schuldenentlastung werden bereitgestellt bei der Reichspost 4 411 106 M., Eisenbahnverwaltung 742 766 M., Schutzgebiet Logo 54 069 M., Südwestafrika 261 092 M., aus allgemeinen Reichsmitteln 63 414 366 M. Die Reichsschulden belaufen sich am 31. März 1913 auf 4 805 796 200 M. Die Schuldenlast kann, wenn alle noch offenen Kredite begeben werden, bis zum 31. März 1914 sinken auf 5 200 000 000 M.

Die hauptsächlichsten Einnahmequellen sind, abgesehen von der Reichspost und der Eisenbahnverwaltung, von welchen beiden nur die Ueberüberschüsse der Reichskasse zufließen:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Zölle (712 930 000 M.), Tabaksteuer (10 876 000 M.), Zigarettensteuer (39 202 000 M.), Zuckersteuer (163 252 000 M.), Salzsteuer (61 144 000 M.), Branntweinsteuer (193 995 000 M.), Grundsteuer (128 950 000 M.), Vermögensteuer (15 866 000 M.), Zündwarensteuer (21 035 000 M.), Eßig-Äure-Verbrauchsabgabe (825 000 M.), Schaumweinsteuer (9 970 000 M.), Spielkarten und Wechselstempel (21 132 950 M.), Reichs-Stempelabgaben (250 085 000 M.), Erbschaftsteuer (50 000 000 M.), Mehrbeitrag (393 820 171 M.).

An der Spitze der fortdauernden Ausgaben steht die Verwaltung des Reichsheeres mit 871 805 789 M., Verwaltung der Marine mit 221 062 617 M., Allgemeiner Pensionsfonds mit 145 276 920 M. Die fortdauernden Ausgaben betragen 1 238 145 326 M.

Dazu kommen einmalige Ausgaben: Verwaltung des Reichsheeres 344 823 048 M., Verwaltung der Marine 237 479 550 M., Zusammen 582 302 588 M.

Für die Marine stehen dann noch im außerordentlichen Etat 29 410 000 M., so daß die Rüstungsausgaben insgesamt 1 849 855 924 M. betragen. Nicht berücksichtigt sind hierbei die Kosten für das Reichsmilitärgericht und diverse andere Ausgaben. Die anderen Ausgaben des Reichs verschwinden fast diesen Riesensummen gegenüber.

Es erfordern insgesamt: Reichsamt des Internen 119 968 174 M., Reichsjustizverwaltung 2 807 304 M., Auswärtiges Amt 21 065 337 M., Reichsschatzamt 47 904 343 M., Reichs-Postalamt 26 832 483 M.

Der ordentliche Etat der Schutzgebiete beziffert sich in Einnahmen und Ausgaben auf 110 123 298 M., Der außerordentliche Etat auf 57 014 477 M., Die Schutzgebieten auf 10 529 363 M., Der gesamte Etat der Schutzgebiete beträgt 177 667 138 M.

Die Reichszuschüsse an die Schutzgebiete belaufen sich im kommenden Etatsjahr auf 30 795 642 M. Das Auswärtige Amt schafft einige neue Konsulate im Ausland, wandelt niedrigere Stellen in höhere um und werden dafür 650 000 M. neu gefordert.

Der Streikbrecheragent Keiling vor den Geschworenen.

Kürzlich berichteten wir über einen Prozeß, in dem der Streikbrecheragent Kupp als Zeuge auftrat, und erwähnten dabei des Streikbrecheragenten Keiling, der in Telschen einen Buchdrucker erschossen hat. Diefertal stand nun diese Sache des Unternehmertums vor den Geschworenen. Interessant hierbei ist die Vernehmung und das Sündenregister des Angeklagten.

Aus ihm gehen folgende Verurteilungen hervor: Die Vergehen und Verbrechen zu 3, 4, 5, 6, 7, 8, 14 sind in Hannover, die zu 9, 10, 13, 15 zu Hamburg, das zu 12 aufgeführt in Stade, die übrigen in Berlin abgeurteilt.

- 1. 1895 wegen Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängnis.
2. 1895 " Körperverletzung mit 6 Wochen Gefängnis.
3. 1897 " Betrug mit 2 Wochen Gefängnis.
4. 1897 " Kupferei mit 9 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.
5. 1897 " Körperverletzung mit 9 Monaten Gefängnis.
6. 1899. " Uebertretung mit 1 Monat Haft.
7. 1899. " Betrug mit 2 Monaten Gefängnis.
8. 1900 " Betrug im Rückfall mit 9 Monaten Gefängnis.
9. 1901 " Diebstahl mit 9 Monaten Gefängnis und Ehrverlust.
10. 1901 " Diebstahl mit 3 Monaten Gefängnis.
11. 1902 " Uebertretung mit 1 Woche Haft.
12. 1902 " Diebstahl mit 10 Monaten Gefängnis.
13. 1903 " Hehlererei mit 8 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.
14. 1904 " Diebstahl im Rückfall mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.
15. 1907 " Betrug im Rückfall mit 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.
16. 1907 " Betrug mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, unter Einrechnung der Strafe zu 15.
17. 1912 " Mäßigung und Freiheitsberaubung mit 1 Monat Gefängnis.

Aus der Vernehmung interessiert uns besonders nachstehende Stelle: Die Verbände haben mich aus jeder regelmäßigen Arbeit herausgedrängt. Jetzt arbeite ich nur noch bei Streiks und stehe in einem festen Verträge mit dem Arbeitgeberverband. Ich bekomme für jeden vermittelten Streikbrecher 20 Mark. — R.-A. Knöpfmacher: Wie sind Sie in den Besitz des Waffenscheins gekommen? Nach unseren Gesetzen dürfen nur einwandfreie Personen einen Waffenschein erhalten. Ich vermute, daß Sie Ihre Vorstrafen verschwiegen haben? Angekl.: Nein. Ich besitze ja auch einen Waffenschein in Berlin, wo man mich ganz genau kennt. — R.-A. Knöpfmacher: Dort werden Sie gewiß auch Ihre Vorstrafen verschwiegen haben! — Angekl.: Nein. Ich wohne ja im Hause meines Polizeireviers und stehe ständig im Dienste der Polizei, die mir bei jedem Streik die Aufgabe zuweist, die Unruhestifter zu ermitteln.

Es geht hieraus hervor, wie Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter sich nicht scheuen, mit derartigen Elementen, dem Abschluß der Vereinheit, Verträge abzuschließen. Aber auch auf die Ver-

hören wirkt die Aussage ein großes Licht. Der Angeklagte wurde schließlich, trotzdem der Staatsanwalt für eine Strafe auf Nord plaidiert hatte, nur zu 8 Monaten schweren Arbeit verurteilt. Gegen dieses milde Urteil ist sofort vom Ankläger Berufung eingelegt.

Die „Fliegerwoche“ in Solingen.

Die industriereiche Stadt Solingen im Rheinland ist ein richtiger Feuertempel, in dem die politische Korruption wahre Orgien feiert. Seit Jahren ist der Metallarbeiterverband bemüht, den dort bestehenden Industriearbeiterverband zu vernichten und da ihm dieses nicht gelingt, so versucht er sich auf andere Art zu rächen. So holte man denn zu einem wichtigen Schläge aus, indem man die sozialdemokratische Partei als Vorspann benutzte, um die gebasteten Führer des Industriearbeiterverbandes aus der Partei auszuschließen.

Der „Untersuchungsrichter“ vertrat auch gleich den „Staatsanwalt“ und beantragte als solcher den Ausschluß der „Genossen“ Witte, Ern, Eckert, Braun und Bräckenhaus aus der Partei, da sie durch ihre Stellung zum Metallarbeiterverband und durch ihre Artikel im „Stahlwarenarbeiter“ die Partei geschädigt haben.

Die Angeklagten haben selbst um ihren Ausschluß, beantragten aber gleichzeitig, die Partei solle auch noch weiter greifen, denn wenn man Reinlichkeit haben wolle, müßten auch die andern ausgeschlossen werden.

Der „Angeklagte“ Braun verwies auf einen Genossen, der seine führende Stellung dazu benutzte, mit der 15-jährigen Tochter eines anderen Parteiführers seine geschlechtlichen Bedürfnisse zu befriedigen; wie Genossen in führender Stellung jenem noch zehn Monate lang sein volles Gehalt zutommen ließen, trotzdem ihnen die Verfehlungen desselben bekannt waren; wie Unterschlagungen eines Distriktskassierers in Höhe von 220 Mark als Vorwurf verbucht wurden; wie man einem Wirt in Wipfelden zugunsten eines Kriegervereins gegen Zahlung von 20 Mark erlaubte, sein Wort zur Vergabe seines Lokales zurückzuziehen. Gegen diese und noch einen anderen Genossen, der bei der Vorstandswahl der Ortskrankenkasse in Solingen für die gegnerische Liste stimmte, mußte das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Ein Mutgehül war die Antwort auf diese schweren Anklagen.

Welcher Schmutz ist dort in Solingen aufgeschichtet? 1906 war es der Führer des Metallarbeiterverbandes, Max Sandler, der, da er von einem Fabrikanten Provision verlangte, sich als „Provisions-Mage“ einen besonderen Ruf erworben.

In der jüngsten Zeit der Ortskrankenkassenstandal, der zur Verurteilung der führenden „Genossen“ zu langen Gefängnisstrafen führte, da sie 117 000 Mark von den Arbeitern mühsam aufgebrachte Gelder der Krankenkasse verpraßt und verjubelt haben.

Das Düsseldorfener Tageblatt berichtete darüber: „Seit und Champagner getrunken, Autofahrten gemacht, mit „feinen“ Damen verkehrt, hohe Trinkgelder gezahlt, jährlich ein Vorstandsessen veranstaltet, das pro Kopf 60 Mark kostete und allerhand Gemeinheiten! Das ist das Ergebnis der Verhandlungen über den Krankentassenstandal in Solingen. Am Mittwoch, 12. November 1913, verhängte die Strafkammer in Elberfeld eine Gesamtsstrafe von 3 Jahren, 1 Monat und 3 Wochen Gefängnis, außerdem 320 Mark Geldstrafe über die Vorstandsmitglieder und den Kandidaten der Solinger Ortskrankenkasse. Zunächst „Obergenosse“ Kandidat Reinhardt. Vor neun Jahren wählte ihn der sozialdemokratische Kassenvorstand, damit er die Gelder gut verwalte. Sein Gehalt stieg sehr schnell von 2800 auf 4400 Mark. Hiermit konnte er aber nicht auskommen. Nach seiner Auffassung gehörte zum Standes-

Neue Patente auf dem Gebiete der Holzbearbeitung.

(Patente Oktober 1913 bis Mitte Januar 1914.)

I. Beim Einbau eines Werkstückes auf einer Hobelbank macht sich vielfach der Uebelstand bemerkbar, daß bei Benutzung von gewöhnlichen Banthaken — namentlich an Gegenständen mit gebrochener oder geschweiften Endflächen — vermittelst Zwischenlagen nachgeholfen werden muß, ohne daß damit — bei einem erheblichen Zeitaufwand — ein taubeliger Sitz des Werkstückes erreicht wird. Diesen Uebelständen soll nun durch einen neuen „Banthaken“ (267 047, Firma Jahn und Dübel in Eplingen) abgeholfen werden. Es geschieht dies dadurch, daß der Kopf eines Banthakens mit einem Gehäuse ausgerüstet wird, in welchem 2 durch ein Zahnradchen gegen einander zwangsläufig verschiebbare Druckstücke derart umgebracht sind, daß die Endflächen dieser Druckstücke vermittelst des vertikalen Verschiebens ausgleichenden Zahnradchens beim Einbau eines Werkstückes sich selbständig an dessen Flächen anlegen, und welches auch in zuverlässiger Weise festzuhalten vermag.

Es sind bereits zweifelhafte Federträger bekannt geworden, bei welchen der eine Fräseil gleichzeitig die Zähne zum Fräsen der oberen Fläche der Feder trägt. Die e Zähne legen sich nur der inneren Seitenkante ihrer Stirnfläche gegen die innere Seitenkante der Zähne an dem anderen Fräseil, so daß die zu einem Zahn

ergänzenden Zähne der beiden Fräseile eine geschlossene Schneidlinie bilden. Von der Stirnfläche aus verjüngen sich die Zähne beider Fräseile auf den einander zugekehrten Seiten nach hinten, und zwar verlaufen die Seitenflächen der Zähne zum Fräser der oberen Fläche der Feder parallel mit den Absträgungen des Fräseiles, mit dem sie zusammenhängen. Infolge dieser Anordnung kann der Fräser geschliffen werden, ohne daß das Profil der Feder geändert wird. Denn es kann die durch das Schleifen entstehende Vergrößerung des Abstandes zwischen den Zähnen der beiden Fräseile — bzw. der Zwischenraum zwischen dem einen Fräseil und den gegen diesen sich stützenden Zähnen des anderen — dadurch wieder aufgehoben werden, daß man die Fräseile in axialer Richtung aneinander drückt, bis die Zähne wieder zur Anlage kommen. Ein derartiger Fräser ist aber an ein ganz bestimmtes Profil gebunden. In vielen Fällen ist es jedoch wünschenswert, das Federprofil — vor allem seine Breite — zu ändern. Gegenüber verschiedenen Versuchen zur Erreichung dieser Möglichkeit kennzeichnet sich nun „ein aus mehreren mit auf den einander zugekehrten Seiten von der Schneide nach hinten sich verjüngenden Zähnen versehenen Scheiben bestehender Federfräser“ (265 767, G. Bolinders Metallische Werkhads Aktiebolag in Stockholm) folgendermaßen: Es liegt die mittlere Scheibe des in bekannter Weise aus 3 Scheiben bestehenden Fräasers auf der einen Seite mit ihren Zähnen an den Zähnen der einen äußeren Scheibe an, während sie sich auf der

anderen keine Zahnverjüngungen aufweisenden Seite gegen die in der anderen äußeren Scheibe angeordneten Stellschrauben oder dergleichen stützt.

Eine andere Erfindung betrifft eine — „Maschine zur Herstellung drahtgebundener und durch Leinen verstärkter Rifenbreiter“ (266 674, W. Gealy in Chicago). Bei dieser ist im Gegensatz zu den bisher gebräuchlichen Maschinen dieser Art eine Mehrzahl von Führungspaaren auf einem gemeinsamen Gestell angeordnet, und zwar liegen bei der neuen Maschine die Führungspaare einander paarweise derart gegenüber, daß die eine Führung eines Paares höher liegt als die andere Führung des gleichen Paares. Das heißt: die Führungen sind aus der bisher allgemein gebräuchlichen Horizontalanordnung herausgehoben, und sie legen wesentlich nach aufwärts gerichtete Ebenen fest. Mit der angegebenen besonderen Lagerung dieser Mehrzahl von Führungen auf dem gemeinsamen Gestell ergibt sich die für die wirtschaftliche Ausnutzung der Maschine erhebliche Tatsache, daß die 4 Führungen je zweier Führungspaare in den Handbereich eines einzigen, am Aufgebende der Maschine stehenden Arbeiters gebracht werden. So soll eine Verdoppelung der Drahtbündelmaschinen ohne nennenswerte Mehrkosten und ohne Vermehrung des Bedienungspersonals — also eine Herabsetzung der Herstellungskosten der Rifenrohstücke — erreicht werden.

M. Nicklai Berlin, Thauerstr. 47 1 Treppe (kein Laden) nahe Ballplatz. Friseurmeister Mitglied des Gewerkschaftsbundes (H. D.)

Englisch Italienisch Le Traducteur The Translator Il Traduttore Probevorträge für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Restaurant zum Türkischen Belt“ Fernsprecher Nr. 659. Essen - Ruhr. Durchreisende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband Abendbrot, Nachlogis u. Morgentaffel. Die Verpflegungstaxen werden nicht mehr auf dem Gewerkschaftsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgeteilt.

Ludwig Tischlergesellen auf bessere Möbel stellt ein Husumer Möbelfabrik, Husum.

mäßigen Auftreten eines Rendanten einer sozialdemokratisch geleiteten Kasse auch noch etwas mehr als Essen, Trinken und Arbeiten. Er hatte die Freundschaft von Bardamen von Elberfeld nötig. Um sich diese Freundschaft zu sichern, fuhr er sehr oft dort hin, war sehr freigebig, zahlte hohe Trinkgelder, fuhr des Nachts im Auto nach Solingen und konnte sogar erforscht werden. Das „Solinger Karlsruher“ war bei den feinen Damen ein gern gesehener Gast; denn seine nächtlichen Sekt- und Weingelage pflegten mehrere hundert Mark zu kosten! Fast schämte er sich, wenn er für einen Abend nur 60 Mark zu bezahlen hatte. Er gab dann einen Hundertmarktschein, der Rest war — Trinkgeld! Die Garderobefrau bekam 10 Mark Trinkgeld; Autofahrer rissen sich um diesen vornehmen Gast. Weil aber „feine“ Damen, Weib, Sekt, Autofahrer viel Geld kosteten, so griff er immer tiefer in die Krankenkasse hinein, füllte Post- und Reisequittungen, bis er eine Summe von 117000 Mark verpraßt hatte. Da brach das Verhängnis über ihn zusammen. Ja, wo war der Vorstand? Die Vorstandsmitglieder waren seine Freunde! Der eine bekam eine billige Hypothek ohne Sicherheit, der andere sein Monatsgehalt zweimal ausgezahlt, der dritte hohe Speisen usw. Ein Defizit zahlte 2 v. H. der Rechnungen an den Rendanten; der andere hatte 10 oder 20 Mark, je nachdem, liegen lassen. Jährlich einmal wurde auf Kosten der Kasse ein Vorstandessen veranstaltet, das für die Person 60 Mark (sechzig Mark) kostete. Ein Mitangeklagter hat sich 9500 Mark aus der Kasse selbst angewiesen. Dieses Darlehen war notwendig, weil er sich einkaufen mußte; denn die sozialdemokratische Partei habe ihm ein Stadtverordneten-Mandat angewiesen. Das sind nur ganz wenige Proben aus diesem Prozeß. Sie genügen aber, um zu zeigen, wo Korruption getrieben wird.

Das Geld für stärkende Medizin wurde mit Weibern verpraßt. Für erhöhtes Kranken- oder Sterbegeld wurden die Beiträge nicht verbraucht; aber für Autofahrer, Diebstahlfahrer! Eine Arbeiterfamilie muß mit 60 Mark mehr als 14 Tage auskommen; die Herren „Genossen“ geben aber 60 Mark für ein Diner für den Kopf aus! Diesen Schandfleck wäscht die Sozialdemokratie nicht so leicht ab.

Wahrlich ein fürchterliches Bild sittlicher Verwahrlosung, und die Führer des Industriearbeiterverbandes, die diese Eiterbeule aufstecken, müssen „fliegen“.

Hiergegen Front zu machen, muß auch unsere Aufgabe sein, und das können wir nur, wenn wir in den Kreisen der Arbeiter die Aufklärung hineintragen, daß sie sich nicht in das Schlepptau der sozialdemokratischen Gewerkschaften begeben, sondern sich dem auf wirklich freier Grundlage aufgebauten Girsch-Dunderschen Gewerkschaften anschließen, in denen die Groschen der Arbeiter auch für die Arbeiter verwendet werden. „Deutscher Tabakarbeiter“.

Rundschau.

Die wirtschaftlichen Gefahren der „Volksfürsorge“. Mit einem gewaltigen Aufwand von Präparaten und Druckerchwärze haben die Leiter der „Volksfürsorge“ anfangs jeden Zusammenhang mit der Sozialdemokratie bestritten. Als sie dann die traurige Erfahrung machen mußten, daß ihren schönen Worten kein Mensch ein Gewicht beimäße, begnügten sie sich schließlich damit, es überzunehmen, wenn von bürgerlicher Seite einmal in Einzelheiten dieser Zusammenhänge hineingeleuchtet wurde. Wie aber alle — weniger wahren Behauptungen bekanntermaßen kurze Weine haben, so ist es den braven „Genossen“ auch hierbei wieder ergangen. Ihre eigenen Freunde sind es, die in harmloser Naivität die Geheimnisse ausplaudern und damit aller Welt offenbar machen, wie berechtigt die Warnungen vor der „Volksfürsorge“ sind.

Wie wir der „Versicherungs-Welt“ (Nr. 43) entnehmen, lag auf der Leipziger Bauausstellung eine Flugchrift aus, in der sich folgende bezeichnenden Sätze befinden:

„Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksversicherung belaufen mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation. Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen an Geldwert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiterbauen können, gestützt auf die großen Ueberschüsse, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorkehrungen, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegungen großer Teile des Vermögens, wird die Volksfürsorge und damit die Sozialdemokratie eine gefahrrohende Geldgeberin werden.“

Das Flugblatt, in dem sich diese Sätze befinden, ist herausgegeben von dem „Leipziger-Flugblätter-Konsumverein“, der zu dem „Hamburger Zentralverband“ gehört. Klarer und deutlicher kann es wohl nicht ausgesprochen werden, daß die „Volksfürsorge“ nicht geschaffen worden ist, um die Volkswohlfahrt zu fördern, sondern daß sie in erster Linie den Zweck verfolgt, der Sozialdemokratie neue wirtschaftliche Reizmittel in die Hände zu spielen. Man kann dem roten Konsumverein dankbar für diese Offenheit sein. Der anderen Seite aber erwächst daraus die Pflicht, den braven „Genossen“ zu zeigen, daß sie

noch nicht die Herren im Staate sind. Erfreulicherweise haben denn auch die nationalen Kreise nicht untätig diesem Treiben zugesehen, sondern sie haben sich in der gemeinnützigen „Deutschen Volksversicherung“ ein Unternehmen geschaffen, welches in seinen Leistungen der „Volksfürsorge“ zum mindesten ebenbürtig sein wird. Getragen von dem Vertrauen des Volkes, wird diese Gesellschaft, hinter der heute bereits 2 Millionen nationaler Männer und Frauen stehen, den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ aufnehmen und ihn mit Erfolg führen, wenn ihr, woran in Anbetracht ihrer hohen nationalen und sozialen Aufgabe nicht zu zweifeln ist, die Unterstützung aller wahren Volksfreunde zuteil wird.

Auch ein Gewerkschaftsstreit. Wenn zwei das selbe tun... Um den Girsch-Dunderschen Gewerkschaften ein auszuweichen und sie als schändlich weislich zu verzeichnen, beschäftigt sich die „Vorhinger Volksstimme“, Nr. 20, mit dem Programm für das Stiftungsfest der Diederhofsener Gewerkschaft; es ging dahin: „Von 4—7 1/2 Uhr Tanz, von 7 1/2 Uhr Theater mit wiederum anschließendem Ball.“ Daran knüpft das literale Blatt die Bemerkung:

„Diese Art Gewerkschaftsarbeit mag wohl den paar freisinnigen Girsch-Dunderschen Gewerkschaften zusagen, die christlich geübte Arbeiter-Gewerkschaft Vorhingers hat von der Tätigkeit einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation eine andere Auffassung. Mögen diejenigen christlich gesinnten Arbeiter, die sich in diese Organisation verirrt haben oder indirekt hineingedrängt wurden, denselben den Rücken kehren und sich den christlichen Gewerkschaften anschließen.“

Also, weil auf dem Stiftungsfest gelangt und eine Theateraufführung veranstaltet wird, müssen alle Christen nach Ansicht des Venzler-Blattes diesen Verein meiden. Zufällig bringt nun am gleichen Tage die ebenfalls ultramontane „Sächsische Volkszeitung“, Nr. 19, die Borangeige eines anderen Festes; sie schreibt darüber:

„Der Abend ist trefflich arrangiert. Es wird ungefähr folgendes vorgeführt: Zuerst ein Prolog und Chorlieder, auch 'ne Fastnachtsszene ('s ist mal so Brauch), und Männerchöre und Deklamation, dies alles stimmt zu dem bunten Ton. Auch Vorträge, wie ehedem man konnte zur Leipziger Messe sein, die werden so manches herunterstammeln. Ja selbst vier echte Wiener Schrammeln aus Leipzig sorgen fürs Publikum, daß bis zum Theater die Zeit geht herum. Beim Theater auch, wie an allen Schmierern, wird jeder sich köstlich amüsieren. Und dann noch ein Tägliches, um 2 Uhr ist Schluß, die Jugend freut sich auf diesen Genuß. Für Damen und Tänzer ist eines noch wichtig: Schmiert zum „Bunten Abend“ die Sohlen tüchtig!“

Ob die „Vorhinger Volksstimme“ hier ebenfalls ausrufen wird, christlich gesinnte Menschen dürften einem Verein, der ein solches Fest veranstaltet, nicht angehören und möchten ihm schleunigt den Rücken kehren? Eine solche Konsequenz wagen wir freilich nicht zu erhoffen, denn dieses Fest veranstaltet — der katholische Kirchenchor zu St. Laurentius in Leipzig-Neudorf! Nur die Girsch-Dunderschen Gewerkschaftler dürfen nicht tanzen; dem katholischen Kirchenchor aber ist eine solche Sünde unschädlich.

Privatangestellten- und Beamtenpfindung.

Die Festlegung absoluter Geldsummen in Gesetzen birgt immer die Gefahr in sich, daß die Werte sich viel schneller ändern als die Gesetze. Die noch heute bestehende, 1879 festgesetzte Pfändungsgrenze von 1500 M. für das Jahreseinkommen von Angestellten und Arbeitern entspricht so wenig den heutigen Lebensbedürfnissen, daß das Reichsgericht die Verträge, die eigens gemacht werden, um diese Gesetzesvorschrift zu umgehen, in vielen Fällen und in vollem Einklang mit den herrschenden sozialen Auffassungen als mit den guten Sitten durchaus vereinbar anerkannt hat. Um diesen unerfreulichen, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gläubiger und Schuldner lästigen, unsicheren Zustand zu beseitigen, wird die Forderung erhoben, die Privatangestellten den öffentlichen Beamten in bezug auf die Pfändung gleichzustellen, indem zwei Drittel des 1500 M. übersteigenden Einkommens pfindungsfrei erklärt würden. In einer Eingabe der Vertreter der Kaufmannschaft an den Reichskanzler wird zur Begründung dieser Forderung besonders darauf hingewiesen, daß der Gegensatz von Privatangestellten und Beamten in unserer Zeit verwischt ist. Auch der Privatangestellte befindet sich heute in unangenehmen Fällen auf Lebenszeit im Dienste. Auch gegenüber den Privatangestellten kommt heute mehr und mehr der Gedanke zum Ausdruck, daß ihm gegenüber der Unternehmer nicht nur nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, sondern nach den ethischen Gesichtspunkten sozialer Fürsorge zu verfahren hat. Es ist daher nur folgerichtig, wenn der Privatangestellte, in dem Schutze gegenüber dem Gläubiger ebenso wie der Beamte behandelt wird, der nur ein Drittel des 1500 M. übersteigenden Einkommens den Gläubigern zur Verfügung halten muß.

Die Waffe der sozialdemokratischen Wähler. Bekanntlich weist die organisierte Sozialdemokratie immer darauf hin, daß ihre Wählermassen selbständig denkende und überzeugte Sozialdemokraten sind,

während die bürgerlichen Parteien das Gegenteil davon behaupten und ein Schwärzen des Interesses der Massen an den sozialistischen Ideen zu bemerken glauben. Einen interessanten Beleg für die letztere Annahme liefert eine Statistik des Berliner Holzarbeiterverbandes, nach welcher die Verteilung derjenigen Bücher, die ein stärkeres Nachdenken mit einer lebhafteren Anteilnahme an der Gedankenwelt des Sozialismus erfordern, ständig abnimmt. Folgende Gegenüberstellung drückt diese Bewegung deutlich aus:

	1	2	3
Naturwissensch.	13,5 Proz.	22,7 Proz.	7,3 Proz.
1891:	3,4	2,2	6,2
1911:	5	5	6
Philosophie	1,1 Proz.	12,6 Proz.	14,6 Proz.
1891:	0,9	5,3	7,4
1911:			

Zu einem ähnlichen Resultat kam man auch in der Berliner Jahrestellenbibliothek, wo von insgesamt 23 entlehnten Büchern nur 2,2 Prozent der sozialwissenschaftlichen Literatur, dagegen 67,7 Prozent der Unterhaltungslektüre angehört.

Zu diesen Tatsachen spricht sich Genosse B. Mitschke in den „Sozialistischen Monatsheften“ folgendermaßen aus: „Jeder ernste Genosse hat eben das Gefühl, daß aller unserer Bildungsarbeit zum Trost die Masse der organisierten Arbeiterkraft im Grunde von den Zielen und Aufgaben der Bewegung wenig weiß. Die große Masse der Arbeiter trotzt im allgemeinen Zuge mit, läßt sich durch die Bewegung führen, ohne danach zu fragen, wohin sie eigentlich führen.“

Dieses Geständnis von sozialdemokratischer Seite deckt sich mit der bürgerlichen Ansicht und ist eine wertvolle Kritik des Sozialismus, seiner Agitation und seiner Führer, die ihre Existenzberechtigung ja gerade damit erklärt, daß sie Ausdruck und Anführer einer den Massen immanenten Bewegung seien.

Patentnachrichten.

- Patentamt vom Reichspatentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.
- Gebrauchsmuster:**
- Nr. 341. 586 878. Universal-Pult-Tisch. Richard Sonntag, Berlin-Wilmersdorf. Angem. 31. 12. 13.
 - Nr. 341. 587 228. Schalldämpfender Puffer für Möbel. Hermann Brinkhoff, Wiefelshausen. Angem. 11. 11. 13.
 - Nr. 341. 588 107. Lösbare Verbindung von Zangen und Füßen an Möbelgestellen. Franz Fertig, Buchen, Baden. Angem. 28. 8. 13.
 - Nr. 341. 588 150. Gebogener Griff für Möbel, Koffer u. dgl. Otto Voeb & Co., Seegefeld bei Berlin, u. J. Bernhard Nieger, Reutlingen. Angem. 15. 1. 14.
 - Nr. 37b. 588 021. Holzsäule. Otto Koper, Carlomitz bei Breslau. Angem. 5. 5. 13.
 - Nr. 38a. 587 422. Wandabstützung mit mit Kugellager versehenen Anlauf- und seitlichen Führungsrollen. Heinrich Wehrenberg, Altenessen. Angem. 12. 1. 14.
 - Nr. 38a. 587 723. Transportables, schildeeiserne Kreisfingergestell mit Spannrollen und Spänzfingergestell. H. Böger, Erfurt. Angem. 27. 12. 13.
 - Nr. 38c. 587 538. Druck- und Transportapparat zum Fräsen von Keilsteinen u. dgl. Johann Gayer, Würgem bei Wittlich. Angem. 22. 4. 13.
 - Nr. 38a. 588 188. Leimtopf mit Asbesteinlage im Boden. Ernst Roth, Opladen. Angem. 11. 12. 13.
 - Nr. 38i. 588 257. Messerbefestigungsvorrichtung für Furnier-Schäl- und Schneidemaschinen. Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz-Kappel. Angem. 14. 4. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Jeder Kollege hat sich bei Arbeitslosigkeit sofort imparlamentarischen Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, zu melden. Ebenso hat die Meldung an demselben Tage in unserm Bureau, Greifswalder Str. 231/23, zwecks Ausstellen des Arbeitslosenattestates zu erfolgen. Das Bureau ist geöffnet von vorm. 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr nachm. von 4 bis 7 Uhr. Die Auszahlung der Unterhaltungen, auch Krankengeld, erfolgt nur Sonnabends von morgens 8 bis 1 1/2 Uhr mittags.

Stuttgart. Die diesjährige 5. Landesversammlung der Girsch-Dunderschen Gewerksvereine in Württemberg findet am Ostermontag, den 13. April, in Heilbronn im Saale der „Linde“ statt. Um 8 Uhr vormittags beginnt die geschlossene Vertreteritzung, während um 11 Uhr vormittags im gleichen Lokale eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher die Hauptvorstandsmitglieder W. Gleichauf und M. Schumacher aus Berlin über die Frage des Koalitionsrechtes sprechen werden. Am Tage vorher, am Osterdonnerstag, halten ebenfalls in Heilbronn die einzelnen Berufsvereine ihre Bezirkskonferenzen ab. In Anbetracht des vielumstrittenen aktuellen Themas und der Federer, welche dazu sprechen, verspricht diese Veranstaltung eine erfolgreiche zu werden. K. F.

trage vorzuziehen konnte, als vielmehr auf dem bestimmten Gefühl, daß derartige Maßnahmen geeignet sind, ihnen die billigeren Agitatoren zu rauben, und überhaupt mit den Monopolbestrebungen und dem ausgeübten Terrorismus zu brechen. Darüber sind wir uns klar, daß die heutige Forderung der Arbeiternachweise keineswegs als ein Ideal von seiten der Arbeiter angesehen werden kann, und die sozialdemokratischen Zeitungen und Fachblätter geben selbst zu, daß manches Verbesserungsbedürftig ist. Wir beurteilen ohne weiteres die

artigen Vorhaben von Leuten, die sich so gerne in der breiten Öffentlichkeit als die hochkonzentrierten Männer, die großen Partisten aufspielen. Wir sind wohl von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften an manchen Schwere Terrorismus gewöhnt; daß man aber von einem Arbeitgeberverband gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband dazu übergeht, unsere Leute durch Nichtvermittlung brotlos zu machen, setzt doch allem bisher Dagewesenen die Krone auf.

Und davon machen, dann mag die Geburtenhäufigkeit (die Indebitionszugung der Einwohnerzahl zu der Zahl der in einem Jahr Geborenen) oder die Geburtenziffer genügen. Sobald man aber die Ursachen feststellen möchte, die bei dem Rückgang mitgewirkt haben, dann sollte der bessere Maßstab, die Zahl der gebärfähigen Frauen mit den Geborenen eines Jahres in Beziehung gesetzt, angewendet werden. Dabei wäre die Zahl der Partaten, der Ehescheidungen, der Wiederverheirathungen, zu berücksichtigen. Die steigende Zahl der Heiratungen, Post-

Lohnbewegung.

Kuang ist fernzuhalten nach Breslau (Vinkelhofmann-Werke) Gera, Neuf (Pianosortefabrik von Späth).

Literarisches.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von H. Burgemeister, Neuausgabe 1914. Gesetzbuchverlag v. Schwarz & Comp., Berlin S 14, Dresdener Straße 80. Preis M. 1,10. In Leinwand M. 1,35.

Jeder, sei er jung oder alt, arm oder reich, verheiratet oder ledig, hat die moralische Pflicht, sein Haus zu bekennen und zu versorgen, in welche Hände sein Hab und Gut nach seinem Tode gelangen soll. Das Gesetz hat die Errichtung von Testamenten ohne Mitwirkung von Notar und Gericht einerseits sehr leicht gemacht, andererseits sind ganz bestimmte Regeln und Vorschriften zu beobachten, wenn das Testament gültig sein soll. Das vorliegende Buch, das den Stoff in kurzer, leicht verständlicher Form behandelt und auf alle Verhältnisse zutreffende Muster zu Testamenten enthält, ist dazu bestimmt, bei der kostenlosen Errichtung legitimer Verfügungen insbesondere bei gemeinschaftlichen Testamenten von Ehepartnern ein zuverlässiger, unentbehrlicher Berater zu sein. Das Werkchen soll dazu beitragen, daß bei dem Tode eines der Gatten die Nachverhältnisse des überlebenden Gatten bzw. Gattin und der Kinder in jeder deutschen Familie loslos geregelt sind, und viele Koften, Sorge, Kummer und Zwist vermieden werden.

„Die Ausstattung von Schulräumen“, von Max Barnatsch, Preis 6,50 M. Verlag F. A. Schöner & Sohn U. G., Berlin SW 11, Schönberger Straße 9/10.

Das in dem vorliegenden Werke bearbeitete große Gebiet ist derartig geschlossen bisher noch nicht zur Abhandlung gekommen. Einer der hervorstechendsten Kenner und ausführenden Praktiker auf diesem Gebiete, Johannes Müller, Inhaber der Schulwerkstätten in Charlottenburg, hat ebenfalls verschiedene Abbildungen und seine großen Erfahrungen zur Verfügung gestellt. In zahlreichen Abbildungen, mit Maßstäben, Konstruktionen und Details hat der Verfasser Max Barnatsch nicht nur die Möbel für die Klassen-, Lehrer- und Direktorenzimmer, sondern auch für die Aula und für die Bureaus bearbeitet, so daß im Hinweis auf die Bureaumöbel und die Einfachheit derselben das weitgehendste Interesse auch außerhalb der Herstellung und des Gebrauchs von Schulmöbeln erweckt wird. Eine große Schwierigkeit bietet für Besteller und Fabrikation die Ausführung der bereits von den Behörden anerkannten und in der Praxis ausprobierten Schulbänke, die in den besonderen Systemen meist patentiert oder unter Schutz gestellt sind. Sämtliche durch das Kultusministerium vorgeschriebenen Maßtabellen sind in dem ausführlich erklärenden Texte angegeben, ebenfalls alle praktischen Erfahrungen über Holz, Anstrich usw. Außerdem sind die Quellen mitgeteilt zum Bezuge der patentierten Eisenteile und der Details zur Ausführung dieser unter Schutz gestellten Möbel. Für die praktische Ausnutzung der Zeichnungen spricht auch noch die Zusammenstellung als Mappenwerk. Jede Tafel kann je nach Bedarf bei der Ausführung herausgenommen werden. Der Verfasser bürgt schon allein durch seine Arbeiten und alleseitig anerkannten Publikationen für die Güte des Inhalts. Auch die äußere Ausstattung in ge-

schmackvoller fester Mappe und sonstigem guten Material hat großen Beifall gefunden. Der geringe Preis von 6,50 M. entspricht nicht im entferntesten der Fülle des Inhalts im Text und in den zahlreichen Abbildungen. Dem ausführenden Praktiker, Zeichner, Architekten, auch Schulen und Behörden wird hier endlich ein abgeschlossenes Werk von den Ausstattungsgegenständen in Holz für Schulräume und Bureaus geboten, wie wir es noch nicht besitzen.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Die 6. Generalversammlung

der Zuzug- und Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands, Eingetrag. Hilfskasse Nr. 121,

wird hiermit für den **11. Juni 1914** vorm. 9 Uhr, nach **Berlin** einberufen. Die Verhandlungen finden im **Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/223**, statt.

Nach den Bestimmungen des Statuts besteht die Generalversammlung aus 20 Abgeordneten, welche von den Mitgliedern der Kasse zu wählen sind.

Die Wahl

der Abgeordneten erfolgt am **Sonntag, den 2. Mai**. Für diesen Tag ist die Wahlversammlung einzuberufen. Die Wahl darf höchstens 2 Stunden — von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo der Versammlungsleiter den Wahlakt für eröffnet erklärt — dauern. Jedes wahlberechtigtes Mitglied hat nur eine Stimme. Diese ist auf andere nicht übertragbar.

Die Stimmzettel sowie das Wahlprotokoll sind bis zum **7. Mai 1914** an den Hauptkassier **A. Günther** in **Berlin O 112, Rigauer Straße 50/51**, zu senden. Spätere Einmeldungen werden nicht mitgerechnet.

Anträge

zur Generalversammlung müssen spätestens am **9. April 1914** in Händen des Bureaus sein. Später eingehende Anträge können keine Aufnahme in die Tagesordnung finden. Jeder Antrag ist auf einen besonderen Zettel zu schreiben; die Begründung des Antrages ist diesem als Fußnote anzufügen. Die Rückseite des Bogens, auf dem der Antrag geschrieben ist, muß unbeschrieben sein. Der Name der den Antrag stellenden Verwaltungsstelle muß am Kopfe stehen, damit keine Verwechslungen vorkommen. Auch ist nicht zu vergessen, die Paragraphen des Statuts anzuführen, auf welche der Antrag Bezug hat.

Der Vorstand.

Bekanntmachung der Sterbekasse des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Die Vertrauensleute für die Sterbekasse werden ersucht, darauf zu achten, daß die Aufnahmekarten gewissenhaft ausgefüllt und die Fragen auf der Rückseite richtig beantwortet werden.

Seit Inkrafttreten des Nachtrages, d. h. seit Einführung der höheren Stufen, vergeht kein Tag, wo nicht Aufnahmekarten eingehen, die in jeder Beziehung unvollständig ausgefüllt sind. Da die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt, müssen wir diese Karten alle zurücksenden; dadurch entsteht unnützes Porto und Verzögerung in der Aufnahme. Welsch kommt es auch vor, daß die Kassierer mitteilen, dieses oder jenes Mitglied will sich höher versichern; das genügt nicht. Bei jeder Höherversicherung muß eine neue Aufnahmekarte ausgefüllt werden, dieselbe muß außer dem Vorgenannten den Vermerk enthalten: „höher versichert“. Auf allen Aufnahmekarten für die Sterbekasse, ganz gleich ob Neuaufnahmen oder Höherversicherungen, muß die Buchnummer des Mitgliedes angegeben werden.

Zum Schluß sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Höherversicherung für diejenigen Kollegen, welche über 40 Jahre (und nicht mehr wie 45 Jahre) alt sind, nur bis zum **1. März 1914** dauert.

Der Vorstand.

Zur Aushilfe

haben nachstehende Ortsvereine hjm. Verwaltungsstellen in der Zeit vom **1. Februar** bis einschl. **28. Februar 1914** folgende Zuzüge erhalten:

- a) **Gewerkevereinskasse:** Aachen 100, — Apolda 30, — Berlin 200, — Bochum 25, — Breslau 1050, — Bunsau 20, — Bismarck 485, — Cöln 50, — Danzig II 50, — Dresden 50, — Düsseldorf 100, — Frankfurt a. O. 50, — Freiburg 70, — Gera 50, — Göggingen 20, — Haaren 30, — Hirschberg 80, — Königsberg 50, — Langenb. 30, — Naupheim 50, — Lauterbach 30, — Leipzig-Bismarck 30, — Nettel 30, — Naumburg 40, — Pasewalk 50, — Pätzschau 20, — Radeberg 100, — Rudolstadt 50, — Stuttgart 50, — Thorn 119, — Uffenheim 15 M.
- b) **Krankenkasse:** Alsenstein 20, — Ansbach 40, — Berlin 200, — Biberach 75, — Brandenburg 20, — Breslau 173, — Cöln 20, — Elstern 80, — Dresden 30, — Düsseldorf 100, — Duisburg 95, — Frankfurt a. O. 40, — Fürth 100, — Gera 25, — Göggingen 20, — Hamburg 200, — Jauer 20, — Königsberg 125, — Laupheim 100, — Leipzig 75, — Leipzig-Bismarck 50, — Regnitz 40, — Lindau 40, — Mühlheim 20, — Nowawes 25, — Nürnberg I 150, — Pasewalk 50, — Posen 100, — Radeberg 32, — Schweinitz 35, — Siegen 50, — Spandau 90, — Pr. Stargard 30, — Stahfurt 65, — Stuttgart 65, — Thorn 50, — Worms 150, — Zeitz 75 M.
- c) **Begräbniskasse:** Breslau 90, — Dirschau 144, — Königsberg 90, — Spandau 144, — Stolp 180, — Thorn 180, — Zeitz 90 M.

Berlin, den 28. Februar 1914.

W. Zietke, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 10 Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonntag, den 7. März 1914: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. E.-O.: 1. Beratung über Anträge zur Generalversammlung, 2. Ausstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. Modell- u. Fabrikantischer. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Sietzner Str. 50, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Kleinarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Boltschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerech, Berlinstraße 1, Zehlendorf. b. Wiedowid, Zehlendorf. **Mittwoch, den 11. März 1914:** Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Vertrauensmännerversammlung. **Sonntag, den 14. März 1914:** Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Vortrag des Schriftstellers Herrn Kurt Felix über „Großstadtdichtung“ mit Regitation von Gedichten. Anst. Familienkränzen. **Sonntag, den 15. März 1914:** Einjäger. Vorm. 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23, Brauerversammlung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Ausschuss sofort einzuhandigen ist.

Anzeigen.

Für den Inzeratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.
Sonntag, den 14. März 1914.
b. Kramer, Hermannstr. 199.
Versammlung.
Bolzähliges Erscheinen erwartet
Der Ausschuss.

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3,— M. per 100 Stück.



100 St. feine 7 Pf.-Zigarren 3.50 M., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren 4,— M., 100 St. feine 10 Pf.-Zigarren 5,— M., 100 St. feine 12 Pf.-Zigarren 6,— M. Feinste Zigaretten zu billigsten Preisen liefert ich, weil ich ganze Lager aus Vombardspelchen usw. ankauft.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundshaft. 500 Stück franco. Nichtbenutztes zurücknehmen oder Umtausch. Bestand von 100 Stück an. Th. Peiser, Verbandshaus, Berlin 54, Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1886.

Älterer Maschinenarbeiter, welcher imstande ist, alle Holzgearbeitungsmaschinen im Stande zu halten, gegen guten Lohn in dauernde Stellung gesucht. Meldungen an das Sekretariat **Hamburg, Marcusstr. 18, I.**

Gelenkkranken. Durchreisende Krüger erhalten vom Ortsverband 1 M. bei W. Mayer, Josefst. 30.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie Schlaftimmer und Küchen in billiger, guter Ausführung.

M. Nicklai
Berlin, Thaerstr. 47
1 Treppe (kein Laden)
nahe Ballenplatz.

Führendes Mitglied des Gewerke- u. Holzarbeiter H.-B.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkevereine H.-D. Gross-Berlin.

Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23 (großer Saal):

Grosser Vortragsabend.

„Die Heimarbeit in der Spielwarenindustrie.“

Referent: W. Schumacher-Berlin.

Der Vortrag wird durch eine reichhaltige Ausstellung von Wirtschafts- und Spielgegenständen wirksam demonstriert. Eintritt frei. Der Vorstand.

„Die Eiche“
Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands
Jahrgang 1913

auf seinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mark 3 50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221—23. Frühere Jahrgänge kosten nur Mark 2,50 p. Exemplar.

Verlag und Druckerei für die Redaktion: W. Schumacher, Berlin 50, Greifswalder Straße 221, 23. — Druck von Anton Bertinetti, Berlin N, Brunnenstraße 108/90.

M. Nicklai
Berlin, Thaerstr. 47
1 Treppe (kein Laden)
nahe Ballenplatz.
Führendes Mitglied des Gewerke- u. Holzarbeiter H.-B.

Englisch Italienisch

Beihilfe einer französischen, englischen oder italienischen Zeitung. Dazu eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten u. bestempfehlenswerten zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter

Le Traducteur
The Translator
Il Traduttore

Probieren Sie für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Restauration zum Türkischen Bett.“
Ferialsprecher Nr. 659.

Essen-Ruhr. Durchreisende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband Abendbrot, Nachtlogie u. Morgentasse. Die Verpflegungsarten werden nicht mehr auf dem Gewerkevereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgeteilt.

Luchige Tischlergesellen
auf bessere Möbel stellt ein
Husumer Möbelfabrik, Husum.

Verlag und Druckerei für die Redaktion: W. Schumacher, Berlin 50, Greifswalder Straße 221, 23. — Druck von Anton Bertinetti, Berlin N, Brunnenstraße 108/90.